

Misstrauensantrag

der Abgeordneten Eva Glawischnig-Piesczek, Heinz-Christian Strache, Josef Bucher, Robert Lugar, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Versagen des Vertrauens gegenüber dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage betreffend die Klientelpolitik des Bundesministers Berlakovich zugunsten von Chemieindustrie und Großbauern

BEGRÜNDUNG

Die Österreichische Umweltpolitik hat unter Minister Nikolaus Berlakovich einen tragischen historischen Tiefstand erreicht. Berlakovich hat in seiner Rolle als oberster Umweltschützer in wesentlichen Bereichen komplett versagt und stellt Einzelinteressen konsequent über den Schutz der Umwelt sowie der menschlichen Gesundheit.

Klimadebakel, fehlende Umsetzung von internationalen und Europäischen Umweltvorgaben oder dubiose Geldflüsse an Parteiorganisationen - die Liste des umweltpolitischen Versagens von Bundesminister Berlakovich ist lang. Der jüngste Fall: anstatt dem Bienensterben Einhalt zu gebieten, verteidigt Berlakovich mit aller Kraft die Interessen der Chemie-Industrie, deren Pestizide für das Bienensterben mitverantwortlich sind.

Die Verfehlungen von Bundesminister Berlakovich im Detail:

Lobbyismus für die Chemie-Industrie statt Bienenschutz

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (Efsa) hat vor den Gefahren für Bienen durch drei Insektizide gewarnt.¹ Eine von der EU-Kommission in Auftrag gegebene Untersuchung² habe eine Reihe von Risiken gezeigt, teilte die Behörde mit. Dabei ging es um Clothianidin (Bayer AG), Imidacloprid (Bayer AG) und Thiamethoxam (Syngenta), Pflanzenschutzmittel der Unternehmen Bayer und Syngenta.

Berlakovich lässt im Ausschuss für Lebensmittelkette und Tiergesundheit im März 2013 gegen den Antrag der Kommission stimmen. Im Berufungsausschuss am 29.4.2013 stimmt Österreich zum zweiten Mal gegen den Antrag.

¹http://www.efsa.europa.eu/en/press/news/130116.htm?utm_source=homepage&utm_medium=infocus&utm_campaign=beehealth

² <http://www.hffa.info/index.php/resources/download-publications/publications/working-paper-3.html>

„Lebensministerium“ verbreitet falsche Informationen über Entscheidung im EU-Ausschuss

Am 15.3.2013 titelt das „Lebensministerium in einer OTS: *„Kommissionsvorschlag zum Einsatz von Neonicotinoiden in der vorgelegten Form vom zuständigen Ausschuss abgelehnt“*

Im Text heißt es: *„Der Kommissionsvorschlag zum vorübergehenden Aussetzen von Neonicotinoiden wurde von den Mitgliedsstaaten in der heutigen Abstimmung des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit (SCFCAH) in der vorgelegten Form abgelehnt. Sehr viele Länder, darunter auch Österreich, fordern eine fachliche Aufarbeitung dieses Themas.“*

Wahr hingegen ist, eine Mehrheit der EU-Staaten sprach sich für den Kommissionsvorschlag aus. Allerdings erreichte die Zustimmung nicht das notwendige Quorum der sogenannten Qualifizierten Mehrheit (74 Prozent), so dass der Vorschlag in den Berufungsausschuss kam. Dort stimmte die Mehrheit von 15 Mitgliedsstaaten neuerlich für ein Verbot.

Berlakovich gibt Falschinformationen über EFSA-Gutachten

Im Ö1-Mittagjournal am 3. Mai sagt er: *„Die EFSA sagt, bevor endgültige Schlussfolgerungen gemacht werden, müssen noch weitere Versuche durchgeführt werden. Es kann noch nicht mit hohem Maß an Sicherheit gesagt werden, dass die Bewertung erfolgen kann. Erst auf Basis wissenschaftlicher Grundlagen könnten einschneidende Maßnahmen wie Verbote beschlossen werden.“*

Wahr ist: Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit kam gemeinsam mit wissenschaftlichen Sachverständigen aus den EU-Mitgliedstaaten für alle drei Wirkstoffe zu folgendem Schluss: *„Nur die Verwendung bei Nutzpflanzen, die für Honigbienen uninteressant sind, wurde als akzeptabel erachtet“.*

Österreichische Bienenstudie im Auftrag des „Lebensministeriums“ wird von der chemischen Industrie mitbezahlt – Unabhängigkeit sieht anders aus

Alle namhaften Unternehmungen der chemischen Industrie, die selbst Produzenten dieser Maisbeizmittel sind, wie die Firmen Syngenta Agro GmbH, Bayer Austria GmbH, Bayer CropScience und BASF Österreich GmbH, waren im österreichischen Forschungsprojekt zum Bienensterben prominent eingebunden und haben sogar mit 17 Prozent der Gesamtkosten das Projekt "Melissa" mitfinanziert.

Siehe Anfrage und Anfragebeantwortung unter:

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/J/J_07821/fname_208442.pdf

http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXIV/AB/AB_07737/fname_216397.pdf

Berlakovich verweigert Angaben zum Pestizideinsatz

In einer OTS behauptet BM Berlakovich: *„Nach dem bestehenden Umweltinformationsgesetz dürfen genaue Daten wegen des Schutzes betrieblicher Interessen nicht veröffentlicht werden“.* Sowohl Verfassungsjurist Mayer als auch ÖVP-Justizsprecher Michael Ikrath widersprechen. Ikrath via Twitter: *„Berufung auf Amtsgeheimnis betreffend Pestizideinsatz absurd.“*

„Lebensministerium finanziert ÖVP-(Vorfeld)Organisationen

Der Untersuchungsausschuss zur Klärung von Korruptionsvorwürfen befasste sich mit der Öffentlichkeitsarbeit des BMLFUW und konnte sich dabei auf umfangreiche Erhebungen des Rechnungshofes stützen. Minister Berlakovich missbrauchte nach diesen Ergebnissen mutmaßlich die Gelder seines Ressorts für verdeckte Parteienfinanzierung. Dazu benützte er verschiedene Kanäle:

- Direkte Inserate an die Bauernzeitung als Organ des VP-Bauernbundes im Prüfzeitraum 2006 bis 2011 von insgesamt Euro 607.361,02. Häufig war laut RH-Bericht Berlakovich selbst abgebildet: „Bei 94% der Schaltungen in Printmedien im Jahr 2010 in der Gesamthöhe von 2,42 Mill. Euro war ein Foto des Bundesministers (allein oder gemeinsam mit anderen Personen) Bestandteil des Advertorials, Inserats oder bezahlten Beitrags.“ Dadurch kam es, so der Rechnungshof, vor allem zu einem Werbeeffekt für den Minister.
- Zahlungen an die Bauernzeitung für Gratis-Content für den Webauftritt des BMLFUW: In den Jahren 2006 bis 2011 ergingen jährlich bis zu rd. 63.000 EUR an die Agrarmedia GmbH (Unternehmen des ÖVP-Bauernbundes) für frei verfügbare (!) agrarische Marktberichte für die Webseiten des BMLFUW. Die Marktberichte waren auch auf der Homepage der „Österreichischen Bauernzeitung“ gratis abrufbar.
- Zahlungen von Euro 960.339 Euro für Broschüren, die bauernbundnahe Verlage druckten und die teilweise wieder von ebenfalls einer bauernbundnahen Firma um 35.000 Euro entsorgt wurden.

Der Gesamtumfang der verdeckten Finanzierung des Bauernbundes durch Berlakovich liegt im Untersuchungszeitraum nach den Erkenntnissen des Untersuchungsausschusses bei 2,13 Millionen Euro.

Massive Versäumnisse des Ministers in der Almen-Causa

Es wäre Aufgabe des Landwirtschaftsministers gewesen, die Abwicklung der Almflächenerfassung spätestens ab dem Jahr 2005, in dem die Betriebsprämien auf die Fläche übertragen wurden, zu überprüfen und die Fehler abzustellen. Es gab keine ausreichende Information der Bäuerinnen und Bauern und Landwirtschaftsminister Berlakovich und seine Vorgänger haben versäumt, die Vollziehung der Vorgaben auf Ebene der Landwirtschaftskammer ausreichend zu überprüfen, obwohl die Kammern hoheitliche Aufgaben im Rahmen eines Werkvertrages erfüllen.

Verheerende Klimabilanz

Österreich hätte bis zum Ende dieses Jahres unter dem Kyoto-Protokoll den CO₂-Ausstoß um 13% reduzieren müssen (im Vergleich zu 1990). Wir halten aktuell bei einem Plus von 8%. Das Umweltbundesamt prognostiziert bis 2020 einen Anstieg um 11,7% im Vergleich zu 1990. Bis 2030 ist ein weiterer Anstieg auf +16,2% im Vergleich zu 1990 prognostiziert. Mit der derzeitigen Klimapolitik erreichen wir also unser Kyoto-Ziel nicht einmal bis zum Jahr 2030. Zum Vergleich: Die EU insgesamt ist auf gutem Weg ihr kollektives Kyoto-Ziel zu erreichen. (UBA 2012)

Anstatt die Weichen schleunigst in die richtige Richtung zu stellen, verschleppt und verschleiern der Minister. Wenn das Schönreden und Inserieren gar nichts mehr hilft, putzt er sich an den Ländern oder an seinen Ministerkollegen ab. Ein völlig zahnloses Klimaschutzgesetz gibt es seit Herbst 2011. Bislang ist damit noch kein einziges Gramm CO₂ eingespart worden. Wie auch, es enthält keine verbindlichen Ziele, keine Maßnahmen und keinen Verantwortlichkeitsmechanismus. Klimapolitik ala Berlakovich...

Versagen bei der Reduktion von Luftschadstoffen

Österreich hält sich seit Jahren nicht an EU-Grenzwerte zu Feinstaub oder Kohlenstoffdioxid. Seit 2008 läuft ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Überschreitung der Feinstaubgrenzwerte. Das letzte Mahnschreiben der EU-Kommission datiert vom 25. April 2013. Minister Berlakovich weigert sich allerdings

hartnäckig von seinem Weisungsrecht Gebrauch zu machen oder andere Maßnahmen zu setzen, um die Luftbelastung auf ein gesundheitlich erträgliches und gesetzlich erlaubtes Niveau zu senken.

Versagen bei der Umsetzung der Aarhus-Konvention

Die Aarhus-Konvention (Übereinkommen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten) wurde von Österreich bereits 1998 unterzeichnet und vom Nationalrat 2005 ratifiziert, aber bis dato sind wesentliche Teile nicht umgesetzt. Das Aarhus Convention Compliance Committee stellte im März 2012 fest, dass Österreich Art 4 Abs. 7 sowie Art 9 Abs. 3 und 4 der Konvention verletzt (ACCC/C/2010/48). Bei der Novellierung der betroffenen Gesetze im Rahmen der Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle wurde in der Regierungsvorlage erneut die Möglichkeit ausgelassen, die Aarhus Konvention vollständig umzusetzen und den Aufforderungen des Compliance Committees nachzukommen.

Versagen in der EU-Umweltpolitik

Minister Berlakovich bekämpft in Brüssel Umweltschutzinitiativen anstatt sich in der EU für mehr Umweltschutz einzusetzen. Von Bienenschutz zu Agrotreibstoffen über Luftreinhaltungspolitik, jedes Mal setzte sich Minister Berlakovich gegen Pestizidverbote, Naturzerstörung oder strengere Schadstoff-Grenzwerte ein und blamierte so das ehemalige Umweltmusterland Österreich auf dem Brüsseler Umweltparkett.

Versagen beim Lärmschutz

Lärm ist für die Bevölkerung im Alltag das Umweltproblem Nr.1. Dank Zustimmung des Umweltministers hat Österreich seit Oktober 2012 eine indiskutable Fluglärm-Verordnung ("Luftverkehr-Lärmimmissionsschutzverordnung", LuLärmIV), die einseitig luftfahrtfreundlich ist, dem weiteren rücksichtslosen Flughafenausbau dient und schwer gesundheitsschädlichen Fluglärm für zumutbar erklärt. So erlaubt diese Verordnung 3.000 Starts am Tag über den Süden Wiens ebenso wie stündliche Unterbrechung der Nachtruhe durch extrem laute Überflüge! Die Lärmgrenzwerte bleiben weit hinter den Forderungen von Umweltmedizinern, Umweltbundesamt und Weltgesundheitsorganisation und sogar hinter den in der Wiener Flughafenmediation vereinbarten Lärmgrenzen zurück. Weil der koordinierend für den Schutz vor Umgebungslärm verantwortliche Umweltminister den Mit-Zuständigen (insbes. BMVIT, einige Länder) beim Nichtstun zusieht, geht auch beim Umgebungslärmschutz nichts weiter. So wurden die Lärmkarten wie schon 2008 nun erneut bis zu ein Jahr verspätet vorgelegt, die darauf aufbauenden Aktionspläne für mehr Schutz vor Flug-, Bahn-, Straßen- und Industrielärm, die dann unter Bürgerbeteiligung fertigzustellen wären, liegen kurz vor Fristablauf noch nicht einmal im Entwurf vor.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird im Sinne des Art. 74 B-VG das Vertrauen versagt.“



The image shows several handwritten signatures in black ink. At the top right, the word "Hier" is written in a cursive script. Below it, there are several stylized signatures, including one that appears to be "Jullius" and another that looks like "F. J. Müller".